

Linke Politik als transformative Kraft¹

Einleitung: Worüber ich reden will, und worüber nicht ...

Liebe Ines, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen. Ich darf mich zunächst für die Einladung bedanken. Ich freue mich und fühle mich geehrt, an dieser prominenten Stelle einige Gedanken zu einem sehr wichtigen und zugleich anspruchsvollen Prozess der Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms für die wahrscheinlich wichtigste politische Linke in dieser Gesellschaft beitragen zu dürfen. Ich freue mich sehr auf die Diskussion der nächsten zwei Jahre.

Worüber will ich reden und worüber nicht? Ich will natürlich nicht beckmesserisch ein Grundsatzprogramm skizzieren oder eine Liste von Themen aufstellen, die es enthalten müsste. Ich will auch nicht die tagesaktuellen Forderungen des Vorstandes bestätigen, die ich durchaus unterstütze: etwa die Kampagne »Tax the rich« zur Besteuerung von Milliardären; oder der Kampf für akzeptable Wohnkosten, für einen Mietendeckel sowie die Begrenzung der Lebenshaltungskosten insgesamt. Ich möchte tiefer bohren, mit einer weitergehenden, einer mittel- und einer langfristigen Perspektive einige Bewährungsproben benennen, vor denen meiner Auffassung nach die Linke steht und die es programmatisch, strategisch und politisch praktisch zu bewältigen gilt. Meine Kernthese dabei lautet: Linke, insbesondere programmatisch orientierte Politik, sollte sich und muss sich als transformative Kraft verstehen, als Kraft, die die sozialen, ökologischen und alltagskulturellen Verhältnisse in Richtung von Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Anerkennung umzuwandeln trachtet. Kurzum, nicht die Verteidigung des Status Quo, sondern die Veränderung, die radikale Verschiebung von Kräfteverhältnissen, Strukturen und Normen in dieser Gesellschaft nach links: das ist meiner Auffassung nach der Kerngestus, der in den Zeilen und zwischen den Zeilen eines neuen aktuellen Programms zu finden sein muss.

Der weite Kontext: Politik in »aggressiven Weltverhältnissen« (Göran Therborn)

In welchem Kontext findet all das statt? Ich beginne mit dem globalen Kontext. Ich werde insgesamt, das sage ich vorweg, viele Dinge eher ansprechen können, als dass ich sie ausführen kann. Aber ich denke, das ist ja auch eher die Funktion eines Impulses am Beginn einer Diskussion. Mit Blick auf die globalen Umbrüche gäbe es viel und Ausführliches zu analysieren. Ich möchte den schwedischen Marxisten Göran Therborn zu Rate ziehen, der in einem Essay zur Zukunft der Linken im 21. Jahrhundert wie folgt argumentiert: »Dieser Essay ist ein Versuch, den Kontext der Linken im 21. Jahrhundert und ihre innovativen Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit zu verstehen: die sich abzeichnende Klimakatastrophe, die neue Welt imperialer Geopolitik und die abgrundtiefen wirtschaftliche Ungleichheit in einer

¹ Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die nur leicht überarbeitete, schriftliche Fassung der Key-Note zum Auftakt der Mitgliederkonferenz der Partei Die Linke am 10. Januar 2026 in Berlin. Der Redecharakter wurde beibehalten.

zunehmend vernetzten Welt.« Diese Auflistung gibt einen ersten Hinweis auf grundlegende Aufgaben, die auf die Linke in den Nationalstaaten, aber auch darüber hinaus warten: die Neuorganisation und die radikale Umverteilung von Wertschöpfung, Einkommen und Reichtum in der Welt; die Transformation von Produktions- und Lebensweise im Sinne von Nachhaltigkeit; und natürlich die Positionierung der Linken, der globalen Linken, als eine Kraft nichtkriegerischer, zivilisierter Konfliktlösung in »aggressiven Weltverhältnissen« (Göran Therborn).

Diese neue Weltordnung wird uns noch lange zu schaffen machen. Die verbleibende Supermacht USA, die aufstrebende Großmacht China, die absteigende Atommacht Russland, vielleicht bald auch Indien, Brasilien und andere, sind gegenwärtig dabei, in harten, kriegerischen Auseinandersetzungen die Welt neu aufzuteilen. Was wir gegenwärtig erleben, sind imperialistische Konkurrenzen um die Neuaufteilung der ökonomischen, der politischen und der normativen Einflusssphären. Wie sich die Linke in diesem Kontext positioniert, ist eine (nach dem abwiegelnden Kommentar von Bundeskanzler Merz zum Kidnapping des venezuelischen Staatspräsidenten Maduro durch amerikanische Elitetruppen kann man das eigentlich nicht mehr so formulieren) komplexe Angelegenheit. Hier gibt es viel zu analysieren und zu diskutieren. Befinden wir uns bereits in einer multipolaren Weltordnung oder erleben wir eine eher chaotische geoökonomische und geopolitische Fragmentierung, in der sich noch keine Hege monialordnung abzeichnet? Alle Kriege, die wir erleben, werfen schwierige Fragen auf, auf die auch die Linke nicht widerspruchsfrei und schnell antworten kann.

Aber: Bei allen Unwägbarkeiten und bei allen differenzierten Betrachtungen, eines sollte für die Linke klar sein: wenn der sogenannte Westen, also das Ensemble der nördlichen kapitalistischen Metropolen, ihre Gegner mit der Elle von Völkerrecht und Menschenrechten misst, selber aber keine Gelegenheit auslässt, genau dagegen zu verstößen, ja selbst Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen, dann ist das nicht nur eine völlig inakzeptable Doppelmoral; dann erfordert das von der Linken eine klare Positionierung, und die kann nur in einer lauten, klaren und kämpferischen Opposition gegenüber imperialistischer Anmaßung und moralischer Heuchelei bestehen.

Der engere Kontext: die Krise des Deutschen Kapitalismus

Eine wesentliche Zäsur dieser Entwicklung besteht im Ende der neoliberalen Globalisierung. Sie hat die Welt in eine Unordnung gerissen, in der genau das stattfindet, was wir jetzt erleben, die Zerstörung von Völkerrecht und Menschenrechten. Auch hier gäbe es vieles auszuführen: Das Ende der Verdichtung von Produktion und Handel, die Verfestigung alter Dominanzstrukturen (wie etwa die Vorherrschaft der USA über die Finanzmärkte), die Herausbildung neuer Dominanzstrukturen (zum Beispiel die Konfrontation von »zwei getrennten digitalen Techniksphären« (Stefan Schmalz) aus den USA und China), und nicht zuletzt die zunehmende Evidenz, dass die planetaren Grenzen diese Art von Wirtschaften nicht mehr aushalten – diese Entwicklungen und vieles mehr deuten auf geoökonomische, geopolitische sowie ideo-

logische Fragmentierungen hin, die wir heute weder vollständig verstehen oder gar in ihren weiteren Entwicklung voraussagen können.

Evident ist jedoch: Es hat auch massive Auswirkungen für den deutschen Kapitalismus. Die deutsche Kapitalismus-Variante beruhte insbesondere auf vier Stützen: Er war in hohem Maße exportorientiert, er war industriebasiert, er war konfliktpartnerschaftlich reguliert – nicht, dass es keine Klassenkämpfe gab, aber die Art und Weise der Austragung dieser Kämpfe fand in einem Rechtsrahmen statt, der vergleichsweise schnell zu Kompromissen führte – und der deutsche Kapitalismus beruhte natürlich auf fossilen Energien, und er bezog seine Wettbewerbsvorteile nicht zuletzt durch einen besonders günstigen Zugang zu Kohle, Öl und Erdgas.

Alle Stützen befinden sich in einer krisenhaften Erosion. Erstens der Export: Er wird sich im heutigen Umfang schon deshalb nicht mehr halten lassen, weil die imperialen Kämpfe auch über Zölle ausgetragen werden, die den Zugang zu externen Märkten erheblich erschweren; zweitens steht die Industrie aus weiteren Gründen unter Druck, über die ich noch sprechen möchte; drittens hat das Kapital die sogenannte »Konfliktpartnerschaft« (Walter Müller-Jentsch) aufgekündigt, wittert es die Chance zur Schwächung von Betriebsräten und Gewerkschaften und stellt es in nahezu allen Betrieben erkämpfte Kompromissstrukturen in Frage; wir erleben eine neue Aggressivität in den betrieblichen sowie den sozial- und tarifpolitischen Klassenauseinandersetzungen, auf die es zu reagieren gilt. Und viertens – das ist und bleibt der politökonomische Kern der Krise – steigen die ökonomischen und sozialen Kosten des fossilistischen Produktionsmodells und es wird die Überdehnung der planetaren Grenzen immer deutlicher.

Also: Nicht einzelne Aspekte, sondern das gesamte Entwicklungsmodell des deutschen Kapitalismus steckt in einer tiefen, einer systemischen Krise. Das muss Konsequenzen für linke Strategien haben. Die Linke kann sich nicht mit krisenpolitischen Einzelstrategien begnügen. Sie muss dem systemischen Charakter der Krise Rechnung tragen, sie muss Politik für ein neues Entwicklungsmodell entwerfen und praktizieren. Ein Modell, das die Defizite des alten überwindet und sich in eine neue Zukunft aufmacht, in der wir anders und besser leben können; und zwar alle, die in unserer Gesellschaft leben. Darauf wird zurückzukommen sein.

Klare Kante und offene Tür – zwei Seiten des Anti-Faschismus von links

Doch bevor ich auf die politische Ökonomie dieses Veränderungsprozesses zu sprechen komme, muss ich mich der Entwicklung zuwenden, die uns allen erheblich auf der Seele liegt und die die Spielräume gerade für linke Politik erheblich gefährdet. Ich rede von dem seit Jahren andauernden gesellschaftlichen und politischen Ruck nach rechts. Dieser ereignet sich nicht nur in unserer Gesellschaft, sondern er erfasst alle Spielarten des Kapitalismus. Den eher sozialdemokratisch orientierten skandinavischen Kapitalismus, den eher neoliberal orientierten

angelsächsischen sowie den einstmais sozial-korporatistisch geprägten deutschen und französischen Kapitalismus. Offensichtlich hat das etwas mit der kapitalistischen Grundstruktur zu tun, die alle diese Gesellschaften teilen.

Wie wir darauf reagieren sollten, ist eine schwierige Frage. Schon bei der deutenden Beschreibung dessen, was sich da abspielt, signalisiert die Vielzahl der Begriffe in der wissenschaftlichen und politischen Szene eine gewisse Unsicherheit, um nicht zu sagen Ratlosigkeit: Autoritärer Liberalismus, rechter Autoritarismus, autoritärer Nationalradikalismus, demokratischer Faschismus, Faschisierung – um nur einige der diskutierten Vokabeln zu nennen. Bei der Bekämpfung von links sollten aber m. E. auf jeden Fall zwei strategische Komponenten eine Rolle spielen. Ich habe das an anderer Stelle als Doppelstrategie aus klarer Kante und offener Tür beschrieben. Was meint offene Tür? Offene Tür meint nicht, den Rechten politisch oder ideo- logisch entgegenzukommen. Auch nicht den Verwirrten, die glauben, mit ihrem rechten Votum etwas Gutes ausrichten zu können. Das machen die Konservativen, und das geht immer schief. Offene Tür bedeutet denjenigen, die berechtigte Wut auf die Missstände der Gesellschaft haben, solidarische und nicht rassistische, nationalistische und fremdenfeindliche Lösungsangebote für die eigenen Probleme zu machen.

Konkreter: Wenn jemand wütend ist, weil er von dem Geld nicht leben kann, das er am Monatsende erhält; wenn jemand wütend ist über Arbeitgeberwillkür im Betrieb, und wenn jemand wütend ist über seinen Wohnort, der abgehängt ist, wo kein Bus mehr fährt, wo keine Sparkasse mehr ist und wo keine Ärzte zu finden sind – dann müssen wir diesen Menschen nicht ausreden, dass sie eine Berechtigung haben, wütend zu sein. Dann müssen wir mit ihnen darüber streiten, was die richtige Reaktion auf die Missstände ist. Und da sage ich als Gewerkschafter: Gegen Dumpinglöhne helfen erkämpfte Tarifverträge, gegen Arbeitgeberwillkür helfen starke Betriebsräte und Gewerkschaften und gegen abgehängte Regionen helfen öffentliche Investitionen in die soziale und verkehrstechnische Infrastruktur, für die man ebenfalls kämpfen muss. Das wäre die offene Tür, eine Einladung gemeinsam für solidarische Antwort auf berechtigte Probleme zu kämpfen.

Der Soziologe in mir analysiert und argumentiert natürlich differenzierter. Er schaut sich die sozialwissenschaftlichen Analysen an und versucht, darauf mit differenzierten Politik- und Strategieangeboten zu reagieren. Das meint: Wenn soziale Abstiegserfahrungen und Statusängste die Grundlage für autoritäres Denken sind, dann braucht man vor allem eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die den Menschen attraktive soziale Perspektiven aufzeigt. Wenn das Gefühl einer politischen Repräsentationslücke, also der Eindruck, dass die eigenen Interessen in abgehobenen politischen Entscheidungen keine Rolle mehr spielen, die Bereitschaft fördert, sich rechten Deutungsmustern hinzugeben, dann braucht es eine radikale Demokratisierung dieser Entscheidungsprozesse. Und wenn das Gefühl kultureller Abwertung und der Entwertung eigener Leistungen und Identitäten das Entscheidende ist, wenn sich also das Empfinden

verfestigt, die eigene Biografie und die beruflichen Leistungen gelten nichts mehr – Arlie R. Hochschild spricht hier von »Stolen Pride«, wenn diese Abwertungserfahrungen eine Triebfeder für rechtes Denken und Handeln ist, dann braucht es entsprechende Anerkennungsstrategien und gesellschaftliche Debatten, durch die nicht nur mainstreamige Erfolgskarrieren gesellschaftliche Wertschätzung erhalten.

Aber ich sage genauso klar: Wenn Rechte, Rassisten, Faschisten und Reaktionäre erfolgreich sind, weil sie mit Sündenbocktheorien, mit falschen und menschenunwürdigen Erzählungen Zustimmung erreichen, wenn also der rechtsradikale Kampf erfolgreich ist, dann braucht es keine soziologische Feinanalyse, dann braucht es antifaschistische Politik von links. Das ist genauso wichtig und das ist die klare Kante in meiner Doppelstrategie. Die offene Tür ist unverzichtbar, denn wir können nicht 25 oder 30 Prozent der Gesellschaft rechts liegen lassen. Aber die klare Kante ist nicht weniger bedeutsam, denn es geht nicht darum, die progressiven Positionen zu verwässern, sondern es geht darum, mit der notwendigen Klarheit in den demokratischen Kampf gegen rechts einzusteigen. Und es geht darum, Kernelemente der politischen Demokratie zu verteidigen. Diese Aufgabe darf auch in der Linken nicht geringgeschätzt werden. So unzulänglich die kapitalistische Demokratie auch sein mag, sie bietet uns, die wir mit kapitalismuskritischen Positionen in den Streit gehen, die Möglichkeit, unseren Job zu tun. Diese Spielräume sind keineswegs selbstverständlich, wie uns ein Blick in die USA unter Trump zeigt, und wir sollten diese zivilisatorische Errungenschaft entsprechend wertschätzen und verteidigen.

Dekarbonisierung und Demokratisierung – zur Ökonomie eines nachhaltigen Entwicklungsmodells

Der Kern des linken Transformationsprozesses ist m. E. allerdings ein politökonomischer. Er besteht in der Jahrhundertaufgabe, die Art und Weise, wie wir produzieren, konsumieren und leben, also unsere Produktions- und Lebensweise so zu verändern, dass sie mit den Nachhaltigkeitserfordernissen der Natur kompatibel ist. Das ist die Aufgabe, vor der sowohl die Gewerkschaften als auch die politische Linke stehen. Aber, wir haben in diesem Transformationsprozess eine gemeinsame, eine spezifische Aufgabe. Unsere Aufgabe ist es dafür zu sorgen, diejenigen, die unter den kapitalistischen Spielregeln die programmierten Verlierer:innen sein werden, zu schützen und ihre Interessen zu vertreten. Unser Job ist es dafür zu sorgen, dass in der ökologischen Transformation diejenigen, die von abhängiger Arbeit oder von Sozialeinkommen leben und dass diejenigen, die in anderer Form sozial vulnerabel sind, nicht unter die Räder geraten. So kann, so muss aus der ökologischen wirklich eine sozial-ökologische Transformation werden. Wenn das Ganze unter den Spielregeln kapitalistischer Märkte abläuft, dann geht es schief. Dann wird die Gesellschaft weiter gespalten. Dann wird es weiter so sein, dass diejenigen, die über hinreichende Ressourcen verfügen, sich in Sicherheit bringen können und die große Mehrheit der Gesellschaft darunter leiden wird. Das zu verhindern ist

unser Job. Nicht Veto-Spieler gegen die grüne Transformation sein, aber auf der Seite derer stehen, die uns brauchen.

Kein Zweifel, das alles ist leichter gesagt als getan. Ich bin Vorstandsmitglied der IG Metall und weiß, wovon ich rede. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen aus der IG Metall arbeiten in den sogenannten Carbon-Branchen. Also in Branchen, die einen besonders hohen Teil an CO2-Emissionen verursachen und die sich deswegen in der Mitte des Transformationsstuhls befinden. Das gilt für die Stahlindustrie, die Automobilindustrie und andere Branchen. Deswegen ist es vor allem Aufgabe von Gewerkschaften, darüber nachzudenken, wie wir den ökologischen Transformationsprozess vorantreiben und gleichzeitig Schutzmacht der abhängig Beschäftigten, der abhängig Arbeitenden sein können.

Die Degrowth-Debatte, die wir in der kritischen Linken geführt haben, ist eine sehr wertvolle Debatte gewesen, und sie bleibt es. Aber mit Blick auf die industrielle Wertschöpfung müssen wir die Debatte neu justieren, denn Degrowth findet statt. But it's Degrowth by Disaster. It's not Degrowth by Design, um Formulierungen von Peter Victor zu verwenden. Was wir gegenwärtig erleben, ist ein Prozess der Deindustrialisierung Deutschlands, der wenig zur Ökologisierung des Produktionsmodells, aber viel zur sozialen Spaltung der Gesellschaft beitragen wird. Wir erleben eine Transformationskrise, die fast ausschließlich zu Lasten der Beschäftigten geht. Im letzten Jahr haben wir in der Metall- und Elektroindustrie etwa 100.000 Arbeitsplätze verloren. Und das war nicht Resultat geordneter Degrowth-Strategien mit Versorgungs- und sozialen Zukunftsperspektiven für die Betroffenen. Das war kapitalistische Krisenregulation der eigenen Art.

Wir wissen, dass die Umstellung vom Verbrenner auf die E-Mobilität nicht die Lösung ist, aber es ist ein Teil der Lösung. Natürlich muss diese Umstellung begleitet werden von Strategien der Vermeidung von Verkehr durch regionale Kreislaufwirtschaft und ortsnahes Recycling. Notwendig ist zugleich die Umlenkung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene und unverzichtbar sind Strategien der Integration von Verkehr, die durch digitale Technologien erleichtert werden können. Doch der entscheidende Punkt ist, dass der Übergang in eine nachhaltige Mobilität aus der Perspektive der abhängig Arbeitenden organisiert wird. Das schaffen die Gewerkschaften nicht allein, nicht mal die IG Metall. Das müssen wir zusammen anpacken und es wird eine Linie von Aufgaben deutlich, die von der Sache her die Kooperation zwischen der politischen Linken und den Gewerkschaften grundieren kann. Und ich hoffe, dass beiden Seiten die Gelegenheit beim Schopfe packen.

Und dies sollten wir auf der Grundlage einer fundierten Kapitalismuskritik tun. Es ist halt kein Zufall, dass die über Märkte und die kapitalistische Profitlogik laufende Transformation die Gesellschaft weiter in Gewinner und Verlierer spaltet. Das hat etwas damit zu tun, wie diese Gesellschaft funktioniert. Ihr kennt sicherlich dieses großartige Zitat: »Die kapitalistische Produktion entwickelt die Technik und die Kombination des gesellschaftlichen Produktions-

prozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt, die Erde und den Arbeiter.« Heute würden wir sagen: die Natur und die Beschäftigten. Dieser prägnante Satz von Karl Marx findet sich am Ende des ersten Bands des Kapitals und bringt eine Quintessenz seiner Kapitalismusanalyse zum Ausdruck. Die Ausbeutung von Arbeitskraft und Natur ist zum einen die Quelle von Profit, aber auch von Produktivität und Wohlstand, und sie untergräbt zugleich die Voraussetzungen der gesellschaftlichen Produktions- und Existenzweise. Aus dieser Falle kommt der Kapitalismus alleine nicht raus. Aus dieser Falle muss man ihn rausdrängen. Und das geht nur über Politik. Über Politik, die bis dahin vordringt, wo die entscheidenden Machtressourcen im Kapitalismus generiert werden; wo der Produktionsmittelbesitz einigen Wenigen das Recht einräumt, über die Produktion und damit über die Ausbeutung von Natur und von Arbeitskräften zu entscheiden.

Und daraus folgt: Die radikale Demokratisierung der kapitalistischen Ökonomie ist die Voraussetzung dafür, die ökologische Transformation so organisieren zu können, dass die Überausbeutung der Natur beendet wird und dabei die Mehrheit der Gesellschaft nicht auf der Strecke bleibt. Diese Demokratisierung der Ökonomie ist nicht minder anspruchsvoll wie ihre Dekarbonisierung. Auch sie ist ein Jahrhundertprojekt. Sie muss, wie das in der sozialwissenschaftlichen Debatte so schön heißt, als Mehrebenen-Strategie entworfen werden.

Sie muss auf der Makroebene, der nationalstaatlichen Ebene, mit harten verbindlichen Vorgaben, etwa mit Blick auf den CO2-Ausstoß, auf Produktqualität und Umweltverträglichkeitsprüfungen, einhergehen. Sie braucht eine ökonomische Rahmenplanung, denn es muss klar sein, wohin die Gesellschaft die Ökonomie lenken will, wie sie auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad kommen kann. Und sie muss – wenn es nicht anders geht und es geht nicht anders – mit unterschiedlichen Maßnahmen von Investitionslenkung verbunden sein. Ich erinnere an die Debatten aus den 70ern und 80ern Jahren über Formen indikativer und imperativer Investitionslenkung. Hier geht es ans Eingemachte. Die Berechtigung des Kapitals, aus dem Besitz an Produktionsmittel alleine ableiten zu können, wohin investiert wird, mag in einer Zeit, in der man auf die Umweltschäden nicht geachtet hat, einigermaßen plausibel gewesen sein. In der heutigen Zeit, in der die »Gratisgaben der Natur« (Friedrich Engels) überbeansprucht werden, kann das so nicht weitergehen. Eine öko-soziale Wirtschaftsdemokratie muss in die Kernbereiche kapitalistischer Entscheidungen vordringen und das sind nun mal die Investitionsentscheidungen. Sie müssen demokratisiert und den gesellschaftlichen und ökologischen Bedarfen angepasst werden.

Zugleich braucht Wirtschaftsdemokratie eine Fundierung in der Mesoebene. Wir müssen Transformationsregionen definieren, die Transformationscluster enthalten und über Transformationsräte reguliert werden.

Vor allem muss sich Wirtschaftsdemokratie auf der Mikroebene, in den Betrieben, konkretisieren. Die Entscheidungen dürfen nicht ohne die Belegschaften ablaufen. Den Betrieb als

Demokratiesphäre zu akzeptieren, bedeutet, den betrieblichen Demos, also die Belegschaft, wirklich zur Herrschaft über betriebliche Entscheidungen zu bringen. Davon sind wir weit entfernt. Auch die existierenden Modelle von Mitbestimmung bleiben weit dahinter zurück.

Und schließlich erweist sich eine transnationale Rahmensexzung als unverzichtbar. Das gilt gerade in einer Zeit, in der die Zwänge eines imperialistischen Protektionismus der ökologischen Transformation den Gar ausmachen könnten.

Ihr seht, es gibt viel zu diskutieren, und die Linke steht hier am Anfang. Wie soll eine Demokratisierung der Ökonomie als Mehrebenensystem konzipiert und dann auch noch realisiert werden? Wie hält man das Ökologische und das Soziale beieinander? Wie vermeidet man demokratieerstickende Bürokratie? Komplizierte Fragen an eine Linke, die mitunter verlernt hat, über Fragen der Ökonomie zu diskutieren. Entscheidend ist, die eigentliche Zielsetzung nicht aus dem Blick zu verlieren: Die Perspektive einer gesellschaftlichen Produktionsweise, die die Entscheidungen über das Wie, Wofür und für Wen der Produktion in die Gesellschaft zurückholt und nicht denen überlässt, die in den Konzernzentralen gezeigt haben, dass sie es nicht können.

Der Sozialstaat ist mehr wert als er kostet – neue Verteilungsverhältnisse und neue Formen des Sozialeigentums

Eine solche Ökonomie braucht einen neuen ökonomischen, aber auch einen neuen sozialstaatlichen Regulierungsrahmen. Es gehört zur politischen Ökonomie des Kapitalismus, dass Phasen der wirtschaftlichen Krise fast immer auch Phasen der Defensive der Linken und der Angriffe auf erkämpfte Sozialstandards sind. Das ist auch heute der Fall. Ich sage: Die Abwicklung des Bürgergelds in Richtung Grundsicherung ist Teil der staatlichen Wende ins Autoritäre. Es geht nicht in erster Linie um das Einsparen von Geld. Es geht um ein Regime der Angst, dass Arbeitslose wie Beschäftigte gleichermaßen disziplinieren soll. So hat Hartz IV funktioniert, und so soll auch die neue Grundsicherung wirken. Im Jahr 2009 hatte die Deutsche Bundesbank in einem Monatsbericht (Dezember 2009) mit Genugtuung festgestellt, »dass infolge der Sozial- und Arbeitsmarktreformen in der ersten Hälfte der Dekade (gemeint waren die Hartz-Reformen, HJU) die Kompromissbereitschaft der Arbeitnehmervertreter zugenommen hat.« Gelobt wurden »die zusätzlichen Freiheitsgrade für die betrieblichen Akteure«, also die neuen Möglichkeiten, in den Betrieben Sozialstandards zu unterbieten. Das ist das ordnungspolitische Vorbild. Die Disziplinierung der Belegschaften durch die Drohung des schnellen Abstiegs für den Fall des Verlusts des Arbeitsplatzes ist eine Begleiterscheinung, die genauso bedeutsam ist wie die bürokratische Drangsalierung von Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Oder, um mit Pierre Bourdieu zu sprechen: Hier dominiert die rechte Hand, die repressive, die strafende Hand des Staates. Doch das ist genau das Gegenteil von dem, was wir brauchen. In der Transformation brauchen wir die linke Hand, die unterstützende, die solidarische Hand. Das bedeutet: Wir brauchen ein verlässliches Mindestmaß an sozialer Sicherheit,

das allen Bedürftigen zur Verfügung steht und das nach dem Stand der Produktivkräfte sowie des gesellschaftlichen Reichtums bemessen wird – ohne demütigende Sanktionsdrohungen.

Insgesamt laufen die Konflikte um sozialstaatliche Regulierung immer auf drei Ebenen ab: auf der Ebene der Produktion der Wertschöpfung, der Verteilung und der Ebene seiner Verwendung.

- Die *Produktion* der Wertschöpfung ist die Kernsphäre der Gewerkschaften. Wir erleben die neue Aggressivität des Kapitals, von der ich bereits geredet habe. Der Konflikt bei Volkswagen, war ein Signal für viele Unternehmen. Jetzt gilt! Jetzt haben wir die Chance, die IG Metall zu schleifen. Das war öffentlich sichtbar. Weniger sichtbar ist eine forcierte Verdichtung von Arbeit und die intensivierte Vernutzung der physischen und der psychischen Gesundheit der Beschäftigten in nahezu allen Betrieben. Jeder Produktwechsel, auch die in Richtung auf mehr Nachhaltigkeit, werden mit ungeheuren Produktivitätssteigerungsauflagen versehen. Die neuen Formen der Aufbau- und Ablauforganisation gehen mit einer verstärkten Ökonomisierung der Arbeit einher. Nicht nur in der materiellen Produktion, auch im Dienstleistungsbereich und in der Wissensökonomie. Dieser Trend zur Steigerung von Produktivität über Intensivierung von Arbeit ist ein stiller, ein schleichender Prozess, aber zugleich einer, um den sich auch die Linke kümmern sollte. Natürlich in enger Kooperation mit Betriebs- und Personalräten sowie mit den Gewerkschaften, die sich, by the way, auch etwas schwer mit dieser Entwicklung tun. Hier müssen sich die gewerkschaftlichen Konzepte der guten Arbeit erst noch bewehren.
- Mit Blick auf die *Verteilung* der Wertschöpfung ist der Partei in letzter Zeit einiges gelungen. Ich spreche von den politischen Kampagnen gegen die obszöne Verteilung von Einkommen und Vermögen und vom Kampf gegen Milliardenvermögen. Ich will einen weiteren Punkt hinzufügen: Die Universalisierung von Sozialschutz ohne unnötige Privilegien. Es ist doch ein himmelschreiender Unsinn, dass die gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Altersversicherungen eigentlich nur für die Mitte der Arbeitnehmer:innen relevant sind. Den prekären Beschäftigungsverhältnissen wird vieles vorenthalten, und die hohen Einkommen sind vielfach nicht dort, sondern in berufsständigen Versorgungswerken der Notare, der Freiberufler und so weiter versichert. Von den Beamten und ihnen Pensionssystemen gar nicht zu reden. Was für ein Blödsinn! Wer wirklich sozialverträglich Bürokratie abbauen will, der sollte universelle Bürger- und Erwerbstätigen Versicherungen schaffen, in denen alle versichert sind. Alle rein ins Solidarsystem, alle zahlen Beiträge, alle kriegen Leistungen – das wäre Bürokratieabbau, den wir mittragen können.
- Drittens: die *Verwendung* der Wertschöpfung. Hier möchte ich euch auf eine spannende Diskussion aufmerksam machen, die unter der Überschrift des Sozialeigentums geführt wird. Es war Robert Castel, ein französischer Soziologe, der Anrechte der Beschäftigten auf soziale Leistungen als Sozialeigentum der abhängigen Arbeit charakterisiert hat. Die von

Marx als eigentumslose Arbeitskraftlieferanten beschriebenen Beschäftigten, so Castel, haben sich in den wohlfahrtsstaatlich regulierten Kapitalismen Eigentum in Form sozialstaatlicher Rechte erkämpft. Mittlerweile wird diskutiert, dass diese individuelle Form des Sozialeigentums gesichert und ausgebaut werden muss, dass aber zugleich über gesellschaftliches und kollektives Sozialeigentum geredet werden muss. Damit sind etwa öffentliche Infrastruktur und öffentliche Güter gemeint, die allen Bürger:innen ohne Zugangsschranken zur Verfügung stehen sollen. Dieses gesellschaftliche Sozialeigentum sollte vor allem im Bereich der Gesundheit, der Bildung, der Mobilität und in anderen Bereichen massiv ausgebaut werden. Ich würde nicht so weit gehen, dies als Weg in einen Infrastruktursozialismus zu interpretieren. Aber ich halte diese Strukturen für wichtige Elemente eines sozial-ökologischen Entwicklungsmodells. Entscheidend ist, dass Produktion, Verteilung und Verwendung der Wertschöpfung so organisiert werden, dass sie dem Warencharakter der Arbeitskraft entgegenwirken und als Korrekturkraft gegenüber der marktvermittelten Verteilung wirken. Auch das sind Elemente einer demokratisierten Wirtschaft und einer demokratisierten Gesellschaft.

Ein neuer Reformismus als Bindeglied zwischen »Tagesaufgaben« und »realer Utopie« (Eric O. Wright)

Ja, mit Blick auf sozial-ökologische Entwicklungsmodelle und -pfade liegt noch viel Arbeit vor uns. Klar ist: Das Notwendige ist mehr als das gegenwärtig Mögliche. Was machen wir mit dieser Einsicht? Ich denke: in Übereinstimmung mit der linken Tradition müssen wir trotzdem am Notwendigen festhalten. Ansonsten enden wir in einem hilflosen Pragmatismus.

Hier möchte ich mich dem Begriff der realen Utopie zuwenden. Er stammt von Erik Olin Wright, einem amerikanischen Marxisten, der intensiv an Strategiefragen der Linken gearbeitet hat. »Reale Utopie«, so sagte er: »sind Institutionen, Verhältnisse und Praktiken, die in der Welt, wie sie gegenwärtig beschaffen ist, entwickelt werden können, die dabei aber die Welt, wie sie sein könnte, vorwegnehmen und dazu beitragen, dass wir uns in diese Richtung voran bewegen.« Für mich ist ein radikal demokratisierter und ökologisch nachhaltiger Sozialismus eine solche reale Utopie. Ich glaube allerdings auch, dass die Idee des Sozialismus gegenwärtig nicht über eine hinreichende Ausstrahlungskraft verfügt, um ausreichend orientierend wirken zu können. Das hat viele Gründe, aber es ist auch auf ein Versäumnis der Linken zurückzuführen, das ich offen ansprechen möchte. Kein Zweifel, wir müssen die Sackgasse des gegenwärtigen Kapitalismus analysieren und das Kind beim kapitalistischen Namen nennen. Aber wir müssen auch die Sackgassen analysieren, die in Gesellschaften geraten sind, die Wege in eine nicht-kapitalistische Ökonomien gewagt haben und die gescheitert sind. Oftmals mit hohen sozialen und ökologischen Kosten und nicht selten aufgrund der Vernachlässigung demokratischer Standards. An dieser doppelten Sackgassenanalysen müssen wir arbeiten – glaubwürdig, transparent und selbstkritisch. Nicht, um uns von der regulativen Idee eines guten Sozialismus

zu verabschieden, aber um aus gescheiterten Versuchen zu lernen und der Utopie einer sozialistischen Gesellschaft die Anziehungskraft zurückzugeben, die sie in der Geschichte linker Bewegungen oftmals hatte.

Bis dahin, diesen Gedanken möchte ich zur Diskussion stellen, brauchen wir so etwas wie ein Bindeglied zwischen Realität und Utopie. Ich spreche mich hier für einen radikalisierten Reformismus aus. Gemeint ist nicht der sozialdemokratische Reformismus der letzten Jahrzehnte. Neu an diesem Reformismus ist die Wachstumskritik und die ökologische Sensibilität, von der ich sprach. Neu muss das Tempo sein, mit dem er vorgehen muss, weil die Geschwindigkeit der Umweltzerstörung uns keine jahrzehntelangen Debatten gestattet. Neu wäre auch die Tiefe von Regulation und Intervention, die bis in die Machtzentren der Ökonomie hineinreichen muss; und neu an diesem Reformismus wäre dann eben auch die radikale Demokratisierung und die wirkliche Inwertsetzung der Belegschaften als Demos der betrieblichen Entwicklungen.

Das transformative Subjekt, oder: linke Klassenpolitik als Übergang von der Event- Solidarität zur Alltags-Kooperation

Vielleicht wachsen im Kampf für einen neuen, radikalisierten Reformismus insgesamt Attraktivität und Zustimmung zu linken Antworten auf die Probleme unserer Zeit. Das wäre bitter nötig, denn das, was wir bewerkstelligen müssen, schafft nicht ein Akteur allein. Dazu braucht es Allianzen, Bündnisse zwischen Akteuren, die sich auf Gemeinsames verständigen können. Allerdings gibt es defensive und offensive Bündnisorientierungen. Defensive Bündnisorientierung hofft auf einen Bündnis-Abschlepppartner, der das eigene Auto aus dem politischen Straßengraben herauszieht. Das geht meistens schief. Offensive Bündnisorientierung hingegen weiß, dass Bündnisarbeit fehlende eigene Kraft nicht ersetzen kann, dass sie aber eigene Kraft ergänzen kann und muss.

Für die politische Linke sind Allianzen mit den abhängig Arbeitenden und ihren Gewerkschaften von besonderer Bedeutung. Die müssen eingeübt, ja politisch trainiert werden. Wichtig ist, dass gemeinsame Klassenpolitik mehr braucht als Soli-Delegationen vor die Streiktoren. Die sind wichtig, sie generieren gemeinsame Erlebnisse und Eindrücke. Aber noch wichtiger für eine kooperative Klassenpolitik ist der Übergang von der Event-Solidarität zur Alltags-Kooperation. Und verläuft über gemeinsame Arbeit in den Betriebs- und Personalräten und geteilte Konfliktfahrungen in der täglichen Kernerarbeit. Es sind halt nicht zuletzt die Mühen der Ebenen, die Gemeinsamkeiten stiften.

Dabei bitte ich uns alle, uns nicht weiter in diesem Scheinkonflikt zwischen Klassen- und Identitätsfragen zu verheddern. Die Klassenspaltung ist konstitutives Element des Kapitalismus. Und jede linke Politik muss soziale Klassenpolitik zum Ausgangspunkt und zum strategischen Zentrum haben, sonst wird sie scheitern. Aber über eine klare klassenpolitische Orientierung dürfen wir natürlich die anderen gesellschaftlichen Konflikt- und Kampffelder nicht aus den

Augen verlieren. Wenn Menschen als Klassenindividuum diskriminiert werden, dann müssen wir ihnen klassenpolitisch zur Seite stehen. Aber wenn Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft rassistisch diskriminiert werden, dann müssen wir sie über antirassistische und internationalistische Solidarität verteidigen. Und wenn Menschen aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer geschlechtlichen Identität diskriminiert werden, dann sind genderdemokratische Aktivitäten gefragt. Nicht aus Zufall lautet doch der kategorische Imperativ, den ein junger Heißsporn vor vielen Jahren formuliert hat, alle – und ich betone – »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes und geknechtetes, ein verlassenes und verächtliches Wesen ist.« (Karl Marx) Das erfordert für die Linke keine Relativierung von Klassenpolitik, sondern die klassenpolitische Dimension in allen anderen Konflikten zur Sprache zu bringen und die Menschen dort zu verteidigen, wo sie diskriminiert werden. Es ist nun einmal nicht zu leugnen, dass unter kapitalistischen Verhältnissen *class*, *race* und *gender* mit Blick auf die Verteilung von Privilegien und Diskriminierungen ineinander greifen. Darauf muss linke Politik reagieren.

Ausblick: »The proof of the pudding is in the eating.« (Friedrich Engels)

Ich komme zum Schluss. Mein zweifelsohne nicht bescheidenes Fazit lautet:

- sich als Friedenskraft in einer Welt neoimperialistischer Machtkonflikte positionieren,
- den deutschen Kapitalismus auf ein nachhaltiges Entwicklungsmodell überführen und die transnationale Perspektive nicht vergessen,
- der Zerstörung der Vernunft und von Demokratie von rechts, die linke Aktion entgegenzusetzen,
- die Produktionsweise dekarbonisieren, demokratisieren und sozialisieren,
- neue Verteilung von Vermögen, Sozialeigentum und Lebenschancen,
- soziale, antirassistische und genderdemokratische Klassenpolitik stärken
- und bei all dem die konkrete Utopie einer wirklich freien Gesellschaft nicht aus dem Auge zu verlieren –

ich fürchte, viel einfacher wird nicht zu haben sein, was wir uns vornehmen müssen. Und wenn's gut läuft, hilft uns eine kooperative Programmdebatte dabei. Wolfgang Abendroth, einer der ganz wenigen marxistischen Universitäts-Professoren in der alten Bundesrepublik, war nicht nur ein herausragender Intellektueller und enger Verbündeter der Arbeiter:innenbewegung. Er empfahl uns auch, Programmdebatten mit zwei Maßstäbe zu messen. Gut ist ein Programmprozess, wenn er erstens ein gutes Produkt hervorbringt, also ein Programm, das in turbulenten Zeiten Orientierungshilfen bereitstellt. Zweitens sollte der Diskussionsprozess

ruhig kritisch und kontrovers ausfallen, am Ende aber Verständigung ermöglichen und vorhandene Gräben nicht weiter vertiefen.

Ich möchte einen dritten Prüfpunkt hinzufügen. Wir leben in einer Zeit, in der tiefgreifende Umbrüche die Verhältnisse zum Tanzen bringen. Viele Veränderungen sind weder abgeschlossen noch abschließend bewertbar. In einer solchen Zeit braucht ein gutes Programm auch den Mut, sich immer wieder selbst zu überprüfen und zu korrigieren und sich gegenüber Erfahrungen aus politischen Kämpfen und Konflikten offen zu halten. Eine lebendige Programmatik muss aus der Dialektik von Theoriearbeit und politischer Praxis Energie beziehen. Denn zu guter Letzt erweist sich die Tauglichkeit eines guten linken Programms an seinem Beitrag zu einer erfolgreichen transformativen Praxis. Oder anders und viel schöner gesagt: »The Proof of the Pudding is in the Eating«, so der alte Friedrich Engels. »Man prüft den Geschmack des Puddings, indem man den isst.« Dieser Appell an die Praxistauglichkeit linker Theorie und Programmatik hat bis heute nichts an Aktualität eingebüßt.

Ich wünsche euch, ich wünsche uns, ich wünsche der gesamten Gesellschaft, dass der programmatisch neu angerührte Pudding immer mehr Menschen schmeckt, dass eine zeitgemäße Linke die notwendige Kraft entwickelt, um die Verhältnisse zu einer wirklich sozialen, demokratischen und nachhaltigen Gesellschaft zusammenzufügen. Diese Gesellschaft, das ist gewiss, wird eine jenseits des heutigen Kapitalismus sein müssen. Eines Kapitalismus, der nach innen immer autoritärer und der nach außen immer imperialistischer wird und der schon deswegen seine historische Existenzberechtigung längst verspielt hat. Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.